

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER GESTALTUNG DER INTEGRATIONSPOLITIK IM PROZESS DER EUROPÄISCHEN WIEDERVEREINIGUNG

Zsúgyel János
Assistant professor
Miskolcser Universität
Institut für Europäische Wirtschaft -

Die Bedeutung der öffentlichen Meinung für die Wiedervereinigung Europas

Die Vorbereitung der europäischen Wiedervereinigung begann bereits mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1957 mit der Unterschrift des Römischen Vertrags. Die sechs Gründerstaaten und ihre führenden Politiker gingen davon aus, dass die westeuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit nur eine Vorstufe der gesamteuropäischen Integration darstellen kann und die damalige Teilung Europas nur eine vorübergehende Entwicklung in der gesamteuropäischen Geschichte sein darf.

Die Grundlagen für die Wiedervereinigung Europas wurden in der erfolgreichen Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften und in dem Zustandekommen der Europäischen Union mit zwölf Gründerstaaten im Jahre 1992 geschaffen. Infolge des Zerfalls der Sowjetunion im Jahre 1990 war es möglich, die Europäische Union mit 3 neutralen westeuropäischen Staaten zu ergänzen. Das ökonomische und gesellschaftlich-politische Potential der nunmehr 15 Staaten in der Europäischen Union ließ es zu, die Annäherung der ost-mittel-europäischen Staaten an die europäische Staatengemeinschaft zu fördern. Diese Angleichung an das Niveau der westeuropäischen Staaten erfolgte mit westeuropäischer politischen und wirtschaftlichen Unterstützung aber erforderte noch nie gekannte Anstrengungen von der Bevölkerung der Kandidatenstaaten. Mit wachsenden Anstrengungen schwand die Euphorie und die Unterstützung für die Sache der Erweiterung der EU in den jetzigen Mitgliedstaaten und wuchsen die Ängste und Zweifel um den Beitritt in der ost-mitteuropäischen Bevölkerung. Im Jahre 2002 setzte die Entscheidung des Europäischen Gipfels in Kopenhagen den Prozess der Wiedervereinigung endgültig in Gang. Die ost-mitteuropäischen Staaten können ab 2004 Vollmitglied in der EU werden, falls sie die nach schwierigen Verhandlungen ausgearbeiteten Vertragsbedingungen akzeptieren. Nach der Entscheidung von Kopenhagen begann sowohl in den jetzigen als auch in den künftigen Mitgliedstaaten der schwierige Prozess der Ratifikation des Vertragswerks. Die öffentliche Meinung bindet in vieler Hinsicht die Politiker. Je nach den verfassungsmäßigen Voraussetzungen benötigen die Verträge eine Volksabstimmung oder eine weichere Form der Zustimmung der eigenen Bevölkerung. Die Vergangenheit bietet eine gewisse Vorsicht gegenüber der Standhaftigkeit der Öffentlichkeit, so dass die Ergebnisse der Volksabstimmungen erst nach der Schließung der Wahlurnen „vorausgesagt“ werden können. Deshalb ist eine Untersuchung der öffentlichen Meinung für die Einschätzung der Ergebnisse und der Möglichkeiten des Erfolgs des erfolgreichen Abschlusses der europäischen Wiedervereinigung äußerst wichtig.

Die Europäische Union veranstaltete verschiedene Erhebungen über die Akzeptanz der Öffentlichkeit in bezug auf die Erweiterung. Der halbjährlich erschienene Standard Eurobarometer beinhaltet Fragen über die Erweiterung. Die Europäische Kommission startete 2002 eine neue Erhebung über die öffentliche Meinung innerhalb der Kandidatenländer. Ich benutze das Zahlenmaterial dieser Publikation [European Commission 2002a] und versuche in der vorliegenden Studie einige Schlussfolgerungen über die Wirkungsmechanismen der öffentlichen Meinung bezogen auf das Thema Erweiterung der EU auszuarbeiten.

Die öffentliche Meinung über die Erweiterung in den Mitgliedstaaten der EU

Nach den Untersuchungen des Eurobarometers 56 [European Commission 2002b] besteht zur Zeit eine Mehrheit für die Befürwortung der Erweiterung der EU. Im Durchschnitt sind 51% der Befragten dafür und nur 30% der Befragten stimmten in der Umfrage gegen die Erweiterung. In allen Mitgliedsländern außer Frankreich gibt es mehr Stimmen für die Erweiterung als dagegen. Im Frankreich befürworten die Erweiterung lediglich 39% der Befragten und 46% der Befragten sind dagegen. Die Erweiterung wird bei den Befragten positiv beurteilt, wenn sie mit der Mitgliedschaft des eigenen Landes zufrieden sind. 65% der Befragten stimmten für die Erweiterung, wenn sie die eigene Mitgliedschaft akzeptierten. Die Zustimmung für die Erweiterung wächst mit dem Wissensstand über die EU. 65% der gut über die EU informierten Befragten sind für die Erweiterung und nur 28% der schlecht informierten Befragten befürworten die Erweiterung.

Die Befürwortung der Erweiterung in der Öffentlichkeit ist zwischen Frühjahr und Herbst 2001 deutlich (um 8%) gestiegen.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, dass die Öffentlichkeit in den jetzigen Mitgliedstaaten die Erweiterung eher befürworten als ablehnen. Rückt sich die Zeit der tatsächlichen Wiedervereinigung Europas näher, wächst die Akzeptanz der neuen Mitgliedsländer. Natürlich ist die Stimmung gegenüber der Fortsetzung der Integration von Staat zu Staat abweichend. In Frankreich ist die Stimmung keinesfalls integrationsfreudig und in den bestimmenden wirtschaftlichen und politischen Mächten Westeuropas ist die Befürwortung der Erweiterung unter dem durchschnittlichen europäischen Wert. (Vereinigtes Königreich-41% dafür, Deutschland – 47%)

Die Meinungsumfrage erkundigte sich auch für Akzeptanz von bestimmten Aussagen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Integration. Die 3 am häufigsten akzeptierten Aussagen sind:

- Je mehr Mitgliedsländer die EU hat, desto wichtiger wird ihre Rolle in der Welt sein. (68% dafür, 17% dagegen)
- Mit zusätzlichen Ländern wird es sehr viel schwieriger sein, Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen. (66% dafür – 21% dagegen)
- Die größere Zahl an Mitgliedsländern wird Europa kulturell bereichern. (64% dafür – 20% dagegen)

Diese Aussagen beinhalten eine negative und zwei positive Auffassungen. In der Meinung der Befragten wird die Erweiterung die Verstärkung Europas im internationalen Wettbewerb und eine kulturelle Vielfalt mit sich ziehen. Allerdings wird die Gefahr auch wahrgenommen, dass die Entscheidungsfindung im erweiterten Europa mühsamer wird.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Akzeptanz der Erweiterung mit der Akzeptanz der Europäischen Union und dem Wissensstand über die europäische Integration wächst. Die Annäherung des Termins der Wiedervereinigung stärkt die Verantwortung der Bürger, der Aufnahme der neuen Mitgliedsländer trotz voraussichtlichen Schwierigkeiten im europäischen Entscheidungsprozess zuzustimmen.

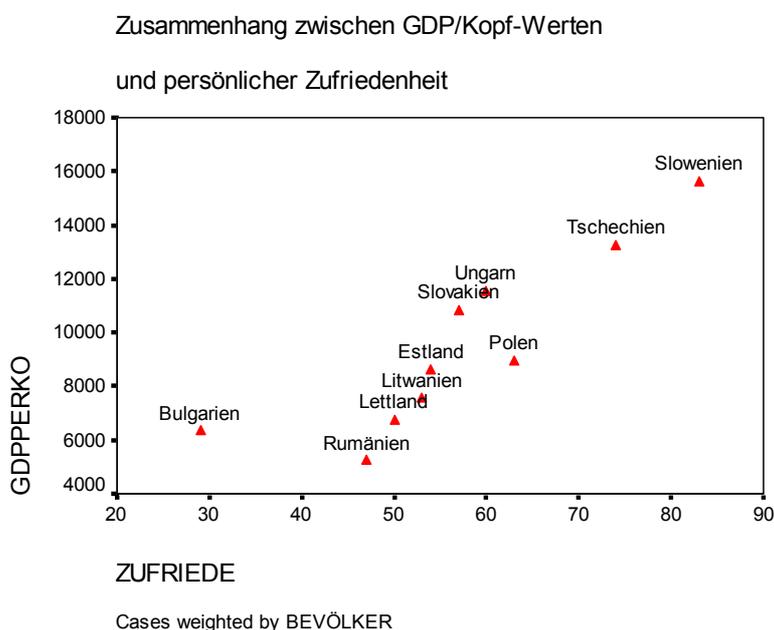
Die Wiedervereinigung Europas wird die internationale Stellung des Kontinents stärken und sie wird die kulturelle Vielfalt und dadurch die Identität der europäischen Völker nicht beeinträchtigen.

Die öffentliche Meinung über die Erweiterung in den ost-mitteleuropäischen Kandidatenstaaten

Die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Meinungsumfrage über die öffentliche Meinung wurde das erste Mal in Dezember 2002 veröffentlicht. Es wurden von Gallup Institut Ungarn zirka 12 Tausend Befragungen über mehrere Fragen in den 13 Kandidatenstaaten vorgenommen. Ich analysiere in der vorliegenden Studie nur die Antworten in den 10 ost-mitteleuropäischen Staaten. Ich habe nur 10 Fragenkomplexe ausgewählt und interessierte mich mehr für den Zusammenhang in den gegebenen Antworten.

Zusammenhang zwischen der Kennziffer Bruttosozialprodukt pro Kopf und persönlicher Zufriedenheit

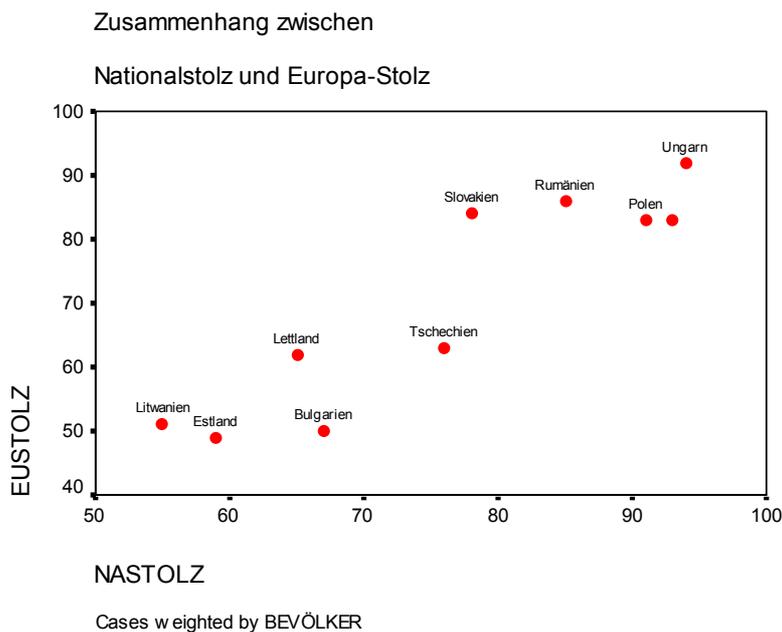
Der Zusammenhang zwischen der Kennziffer Bruttosozialprodukt pro Kopf und persönlicher Zufriedenheit gegenüber den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen zeigt, ob die Befragten der Meinungsumfrage in der Lage sind, ihre eigenen Zustände möglichst objektiv zu beurteilen. Im Diagramm 1 zeigt es sich, dass die persönliche Zufriedenheit der Befragten in großem Maße mit dem durchschnittlichen Wohlstand in den einzelnen Staaten im Einklang steht. Es zeigt uns also, dass die in der Meinungsumfrage erscheinenden Antworten als zuverlässig betrachtet werden können.



1. Diagram: Zusammenhang zwischen GDP/Kopf und Persönlicher Zufriedenheit

Der Zusammenhang zwischen Nationalstolz und Europastolz

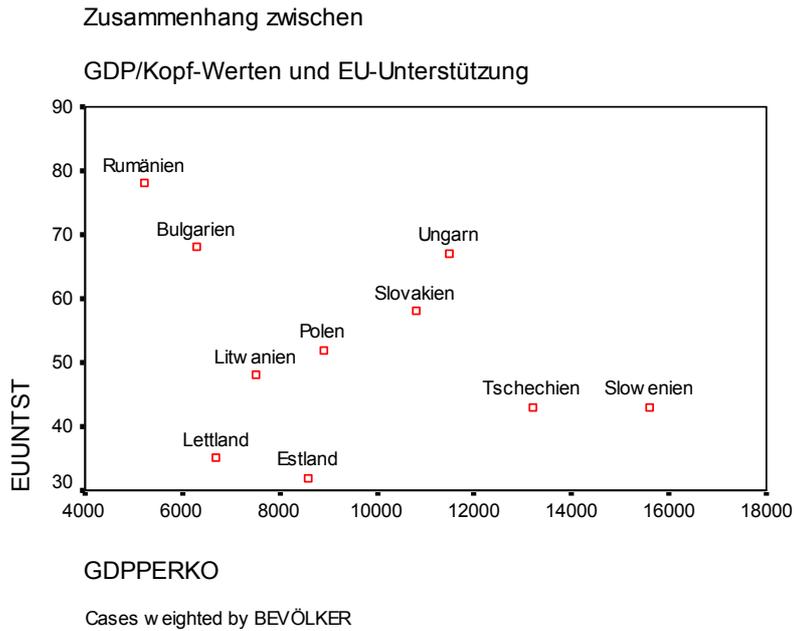
In vieler Hinsicht besteht die Angst, dass die Nationalitätenprobleme in den südost-europäischen Ländern den Verlauf des Integrationsprozesses negativ beeinflussen können. Die Ergebnisse der Meinungsumfrage bestätigen diese Vorurteile nicht. Die Bürger der Staaten, die einen ausgeprägten Nationalstolz aufweisen, sind in der Regel auch stolz, gleichzeitig Europäer zu sein. Diagramm 2 zeigt anschaulich, dass wachsender Nationalstolz mit wachsendem Europastolz gut erträglich sind. Besonders interessant, dass die Staaten der Visegrad-Runde (Ungarn, Polen und Tschechien) gleichzeitig die höchsten Werte im Nationalstolz und Europastolz haben. In dieser Hinsicht bestätigt sich die Angst nicht, dass die Orientierung an den nationalen Werten die gesamteuropäische Zusammenarbeit hindern und schädigen könne.



2. Diagramm: Zusammenhang zwischen Nationalstolz und Europastolz

Zusammenhang zwischen der Kennziffer Bruttonationalprodukt pro Kopf und EU-Unterstützung

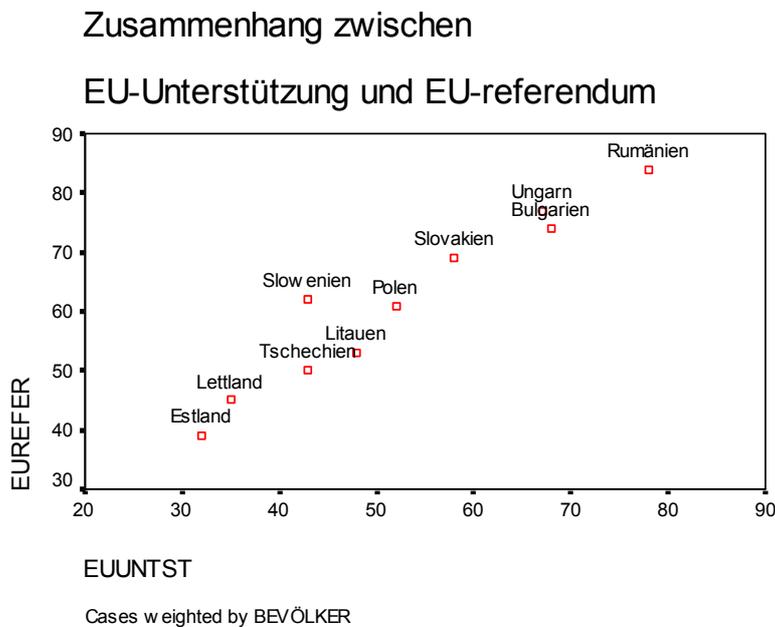
Die Akzeptanz der europäischen Integration in den Kandidatenländern weist sehr unterschiedliche Werte auf. Das Minimum liegt bei 32% in Estland und das Maximum bei 78% in Rumänien. Es ist interessant, die Akzeptanz der europäischen Integration und die Kennziffer Bruttonationalprodukt pro Kopf in Verhältnis zu setzen. Diagramm 3 zeigt uns, dass der Zusammenhang zwischen den beiden Werten eher umgekehrt ist, d.h. die Akzeptanz schwindet mit wachsendem Wohlstand in den Kandidatenländern. Natürlich scheinen diese Meinungen einfach zu interpretieren. Die Befragten der Kandidatenstaaten mit relativ bescheidenem Bruttonationalprodukt pro Kopf Werten gehen davon aus, dass der sich eröffnende Prozeß der europäischen Integration neue Wachstumschancen für diese Staaten mit sich bringt, deshalb ist diese befürwortende Meinung verständlich. Die Tatsache ist aber bedenklich, dass in der öffentlichen Meinung der Staaten, wo die besten Chancen bestehen für eine reibungslose Eingliederung in die EU, mit wachsendem Wohlstand die Zustimmung für die Erweiterung schwindet.



3. Diagram: Zusammenhang zwischen GDP/Kopf und EU-Unterstützung

Zusammenhang zwischen der EU-Unterstützung und dem positiven Ergebnis des EU-Referendums

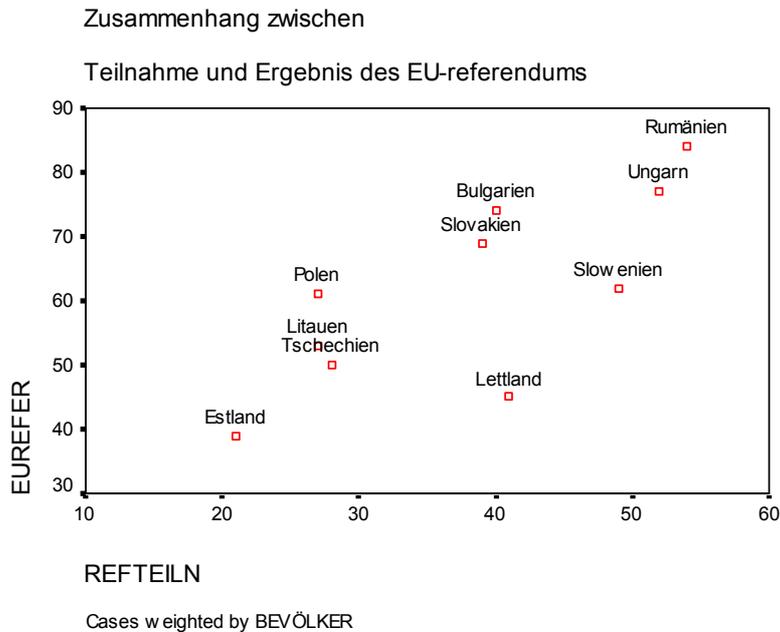
Diagram 4 zeigt dass die Unterstützung der europäischen Integration eine positive Meinung über das Ergebnis des Referendums über die EU-Mitgliedschaft der Kandidatenstaaten mit sich bringt. Dieser positive Zusammenhang kann aber die aus dem Diagramm ablesbare negative Schlussfolgerung nicht verschleiern. In Estland, Lettland und Tschechien liegen die Werte für die EU-Unterstützung wie die Aussichten des EU-Referendums unter 50%.



4. Diagram: Zusammenhang zwischen EU-Unterstützung und Ergebnis des EU-Referendums

Der Zusammenhang zwischen Teilnahme und Ergebnis des EU-referendums

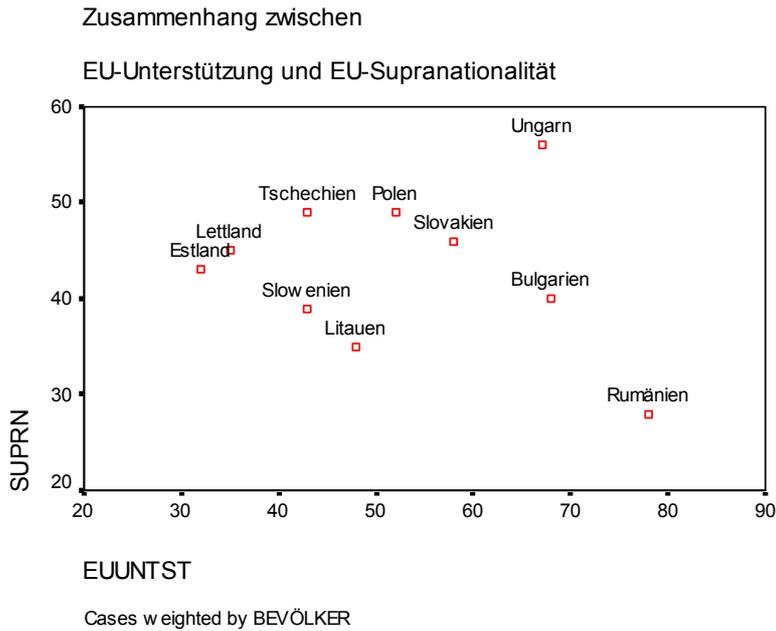
Aus Diagramm 5 ist ablesbar, dass die wachsende voraussichtliche Teilnahme am EU-Referendums das Ergebnis des Referendums positiv beeinflusst. In Estland, Tschechien, Litauen, Polen wird die Teilnahme entsprechend der jetzigen Meinungsumfrage unter 30% bleiben und in diesen Ländern mit Ausnahme von Polen kann ein positiver Ausgang des EU-Referendums nicht erwartet werden. Für Lettland ist eine höhere Teilnahme vorausgesagt, aber das Ergebnis ist auch in diesem Fall integrationsfeindlich.



5. Diagram: Zusammenhang zwischen Teilnahme und Ergebnis des EU-Referendums

Zusammenhang zwischen der EU-Unterstützung und der Befürwortung der supranationalen Entscheidungsfindung in der EU

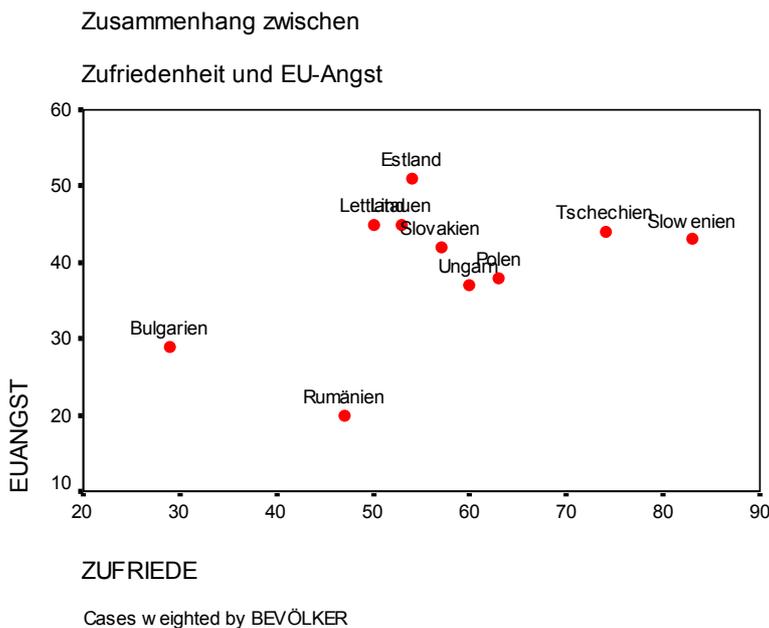
In dieser Fragestellung wurde untersucht, inwieweit die Bürger der künftigen EU-Staaten die Entscheidungsfindung auf supranationaler Ebene befürworten. Diagramm 6 veranschaulicht den gefundenen Zusammenhang. Die statistischen Rechnungen verstärken die Annahme, dass hier ein eher umgekehrter Zusammenhang existiert. Der Korrelationskoeffizient beträgt $-0,634$. Das heißt, dass die Bürger der Staaten, die in großem Maße die EU-Erweiterung befürworten, die Supranationalität in der Entscheidungsfindung nicht akzeptieren können. Die Zukunft aber ist, dass die Entscheidungen bei einer wachsenden Mitgliederzahl mit der notwendigen Effizienz nur mehrheitlich gefunden werden können. Diese Tatsache bedeutet, dass die Bürger der künftigen Mitgliedstaaten die jetzige positive Einstellung zur europäischen Integration leicht verlieren können, wenn es ihnen bewusst wird, dass die Funktionsweise der europäischen Institutionen nicht ihren ursprünglichen Vorstellungen entspricht.



6. Diagram: Zusammenhang zwischen EU-Unterstützung und EU_Supranationalität

Zusammenhang zwischen persönlicher Zufriedenheit und der Angst vor der europäischen Integration.

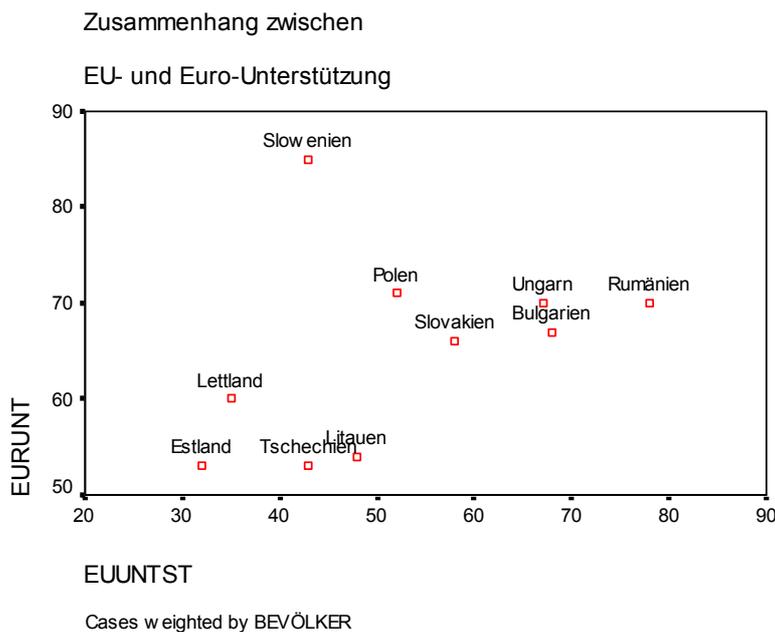
Diagram 7 veranschaulicht den gefundenen Zusammenhang. Am wenigsten haben Angst die Befragten aus Rumänien und Bulgarien und die Bürger dieser Staaten sind am wenigsten zufrieden mit ihren persönlichen Verhältnissen. Die Fragestellung ist ähnlich mit der Fragestellung über die Akzeptanz der EU-Erweiterung. Erwartungsgemäß drücken die Befragten aus den Staaten ihre Angst aus, wo die Befürwortung der EU-Integration ziemlich hoch ist. Die Erklärung in diesem Fall ist identisch mit der obigen Begründung. Die bescheidenen ökonomischen Verhältnisse machen jede Chance der Veränderung anziehend.



7. Diagram: Zusammenhang zwischen EU-Unterstützung und EU-Angst

Zusammenhang zwischen Unterstützung der europäischen Integration und des Euros

Entsprechend Diagram 8 kann festgestellt werden, dass eine wachsende Unterstützung der europäischen Integration mit einer höheren Akzeptanz der gemeinsamen Währung einhergeht. Diese öffentliche Meinung der Kandidatenstaaten kann positiv beurteilt werden. Das bedeutet, dass die Befragten sich mit der Notwendigkeit einer gemeinsamen Währung identifizieren können. Es heißt aber noch lange nicht, dass die Befragten auch darüber im klaren sind, dass mit der Einführung der gemeinsamen Währung die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik stark an Eigenständigkeit verlieren wird und ein mühsamer Weg der Anpassung der Volkswirtschaften der Kandidatenstaaten noch bevor steht.



8. Diagram: Zusammenhang zwischen EU- und Euro-Unterstützung

Die Bestimmung homogener Ländergruppen mit Hilfe von Clusteranalyse

Als Abschluss dieser Analyse versuchte ich eine Clusteranalyse anhand der vorhandenen Daten zu machen. Ich versuchte die Kandidatenstaaten entsprechend den Werten der einzelnen Kennziffern der Meinungsumfrage in zwei Gruppen einzuteilen. Die vom Computer durchgeführte Clusteranalyse teilte die einzelnen Kandidatenstaaten in 2 Gruppen. Für die erste Gruppe war kennzeichnend eine niedrigere Zufriedenheit in bezug auf die persönlichen Verhältnisse, ausgeprägter National- und Europastolz, hohe Unterstützung der Erweiterung der EU, positives erwartetes Ergebnis des EU-Referendums und hohe Teilnahme an dem, niedrige Angst vor der EU-Erweiterung und hohe Unterstützung der Einführung des Euros. In der zweiten Gruppe waren die umgekehrten Ausprägungen der Werte kennzeichnend.

Die erste Gruppe ist die pro-europäische, die zweite die euroskeptische Staatengruppe.

In der euroskeptischen Gruppe befindet sich Tschechien, Estland, Lettland und Litauen, in der pro-europäischen Gruppe die anderen Kandidatenstaaten, Slovenien, Slovakien, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien. Die Clusteranalyse verlief sich problemlos, bereits nach 2 Iterationsrechnungen zeigte sich das oben ausgeführte Ergebnis, so dass die Ergebnisse der Clusteranalyse als zuverlässig eingestuft werden können.

Sollten sich die Schlussfolgerungen dieser Clusteranalyse im Ergebnis der Volksabstimmungen bewahrheiten, würde es bedeuten, dass sich die Erweiterung der Europäischen Union lediglich auf die mit Bulgarien ergänzte ehemalige Länder der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie erstrecken würde. Die Balti-Staaten würden sich früher oder später in dem Einflussbereich Russlands befinden. Die Bürger Tschechiens würden sich in der „Schweiz des Ostens“ mit einem wesentlich bescheideneren Dasein begnügen müssen, als die Eidgenossen in der Alpenrepublik. Es würde sich eine europäische Landkarte zeichnen, die von den Gründungsvätern der europäischen Integration nie im Traum ernst gedacht wurde.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Befragten der Kandidatenstaaten in den analysierten Fragestellungen durchaus positives Gesamtbild über die Erwartungen gegenüber der europäischen Integration aufweisen.

Der persönliche Wohlstand in den Kandidatenländern ist nicht ausschlaggebend für die Befürwortung der Mitgliedschaft in der EU. Vielmehr sind die Perspektiven und die Chancen wichtig, die mit einer voranschreitenden europäischen Integration für das Wohl der Bürger bestimmend sein können. Entsprechend den Ergebnissen der Befragungen sorgt das hohe Niveau der Unterstützung der EU für eine hohe Teilnahme an den Volksabstimmungen, eine hohe Teilnahme macht einen Erfolg des EU-Referendums wahrscheinlicher. Deshalb müssen die Anstrengungen der Regierungen im Dienste eines erfolgreichen EU-Referendums auf die Informierung der Bürger und die Mobilisierung für die Teilnahme gerichtet sein.

Es können aber zwei Gefahren identifiziert werden, die keinesfalls unerheblich sind.

- Die Erwartungen gegenüber den Wohltaten der europäischen Integration sind gerade in den Staaten mit bescheidenerer Ausgangslage ausgeprägt. Die Enttäuschungen nach dem Beitritt können ganze Schichten an die Verliererseite werfen, die dann die nationale und europäische Stabilität gefährden können. Deshalb ist die Aufklärung über die ungünstigen Auswirkungen der Integration auch unerlässlich.
- Es zeichnet sich eine gewisse abweisende Haltung gegenüber der europäischen Integration in den Kandidatenländern, die sich in den letzten Jahren ein durchaus annehmbares Niveau der ökonomischen Entwicklung und ein anständiges Maß an Wettbewerbsfähigkeit erarbeitet haben. Die jetzigen Mitgliedstaaten und die Kandidatenstaaten müssen keine Anstrengung scheuen, die sich in negative Richtung wendende öffentliche Meinung umzukehren und so den Erfolg der 50-jährigen Anstrengungen im Interesse der europäischen Wiedervereinigung zu sichern.

LITERATUR:

European Commission 2002a: Candidate Countries Eurobarometer, The Gallup Organization, Hungary, 2002.

European Commission 2002b: Standard Eurobarometer Nr. 56. Brussels, 2002.